



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/61

13. März 1950

Der Kapp-Putsch Zu seiner dreissigsten Wiederkehr Von Hermann Schützinger

Der Kapp-Putsch, der sich in der Woche vom 13. - 20. März zum dreissigsten Male jährt, war die erste organisierte Revolte des altpreussischen Junkertums in der deutschen Wehrmacht gegen die Weimarer Republik und war vor allem deswegen bemerkenswert, weil er vom reaktionären Teil des Offizierskorps bereits Tage zuvor in aller Öffentlichkeit vorbereitet wurde. Ihm fehlte das Überraschungsmoment; denn schon am Morgen des 10. März 1920 fuhr der Führer der Marinebrigade II, Ehrhardt, mit dem Oberbefehlshaber der deutschen Wehrmacht, General von Lüttwitz, in die Reichskanzlei, um dort die Forderungen der Brigade vorzutragen, nämlich die Ablehnung der von der interalliierten Militärkontrollkommission geforderten Auflösung der Brigade, den Rücktritt des Reichskabinetts und seine Besetzung durch sogenannte "Fachleute".

Reichswehrminister Noske nahm dieses Zwischenspiel zunächst überhaupt nicht ernst, bis ihn die zu ihm stehenden Offiziere seines Stabes, der Chef der Heeresleitung, General Reinhardt, und der Chef des persönlichen Stabes, Major von Gilsa, dringend vor Lüttwitz warnten und auf dessen sofortige Entlassung bestanden. Noch im Laufe des Abends wurde sie Lüttwitz zugestellt. Doch die Verschwörer hatten sich bereits zum Truppenübungsplatz Döberitz begeben und die Brigade Ehrhardt in Alarmzustand versetzt. Auf Veranlassung des Reichswehrministers erhielten die Führer der beiden Regierungsbrigaden, General v. Oven (Berlin) und Hülsen (Potsdam), ähnliche Befehle. So standen sich die beiden Truppenverbände zwei Tage in einer Art gefechtsmässigen Zustand gegenüber. Neben General Reinhardt war dessen Stellvertreter General v. Seeckt die wichtigste Persönlichkeit im Reichswehrministerium. Auf seine Veranlassung wurden der Admiral v. Trotha und der General v. Oldershausen nach Döberitz geschickt, um noch im Lauf des zwölften März Lüttwitz und Ehrhardt "zur Reason" zu bringen. Es war natürlich vergebens.

Unterdessen fand im Reichswehrministerium eine Besprechung Noskes mit seinen Offizieren statt, ob gegen die zum Kampf entschlossene Brigade Ehrhardt militärischer Widerstand geleistet werden sollte. Reinhardt und Gilsa waren entschieden für den Kampf, Seekt, Oven und Trotha waren dagegen. Seekt hatte in dieser nächtlichen Stunde sicherlich schon sein Lebensziel im Auge, eine neue deutsche Kader-Armee aus dem Hunderttausend-Mann-Heer zu schaffen, mit dessen Hilfe er und sein politischer Vertreter, General v. Schleicher, die Republik entmachten und Deutschland wieder in einen Militärstaat verwandeln konnten.

So trat die Brigade Ehrhardt in der Nacht zum 13. März, verstärkt durch "Baltikumer" und sonstige "Zeit-Freiwillige", mit schwarz-weiss-roten Fahnen und Hakenkreuzen an den Helmen, zum Marsch gegen die Wilhelmstrasse an. Die "Mittelsmänner" Trotha und Oldershausen hatten vereinbart, dass eine letzte Antwort der Reichsregierung an der Siegestsäule übergeben werden sollte. Doch Reichspräsident und Reichsregierung hatten noch in der Nacht Berlin verlassen.

Der Widerstand der hohen Regierungsbeamten und eines Teiles der Offiziere war damals - im Gegensatz zur Ära Hitler - noch recht stark. So weigerten sich die Ministerialbeamten, die Erlasse der Herren Kapp und Lüttwitz gegenzuzeichnen und die Beamten der Reichsbank lehnten das Ansinnen des Kapitän Ehrhardt ab, ihm 10 Millionen Mark herauszugeben. Schon am 3. und 4. Tag des Putsches stellten sich die Unfähigkeit des als Reichskanzler von den Militärs bereitgehaltenen Landschaftspräsidenten Kapp und das Versagen des General v. Lüttwitz immer deutlicher heraus.

Als bald ging durch geschickte Verhandlungen das provisorische Oberkommando wieder in die Hände des General v. Seekt über, der sich mit Schleicher im Hintergrund gehalten hatte. Er war tatsächlich wenige Tage im Besitz der militärischen Macht in Berlin bis der Reichswehrminister mit seinem Stab wieder zurückkehren konnte. Es gelang General v. Seekt, der eigentlich sofort hätte entlassen werden müssen, sich das Vertrauen des Reichspräsidenten Ebert und des Staatssekretärs Dr. Meißner zu erschleichen und weiterhin die wichtigste Rolle der deutschen Heeresleitung zu spielen. Er deckte den Mantel der christlichen Nächstenliebe über die Verschwörerbrigade, dankte ihr in einem Tagesbefehl für ihre "ausgezeichnete Disziplin" und versicherte ihr, dass sie in gutem Glauben "vaterländische Interessen" wahrgenommen habe. Herr v. Seekt hatte damit das wichtigste Kader seiner künftigen "Befreiungsarmee" intakt gehalten.

Polen im Banne Moskaus

O.H. Durch den Ausbruch Jugoslawiens aus dem Block der sowjetischen Satellitenstaaten sah sich der Kreaml veranlasst, dem für seine westlichen Verbindungen ausserordentlich wichtigen Polen besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden, umso mehr, als dieses freiheitsliebende Volk ein für die Moskauer Zielsetzung wenig zuverlässiger Verbündeter ist. Ist doch die geschichtliche Entwicklung des polnisch-russischen Verhältnisses bis in die jüngste Zeit eine starke Belastung für die Sowjetpolitik.

In der Bekämpfung dieser Schwierigkeiten in Polen hatten die Sowjets lange Zeit eine bemerkenswerte Langmut erkennen lassen.

Das Beispiel Jugoslawiens drohte jedoch in Polen Schule zu machen, was Moskau zu Gegenmassnahmen veranlasste. Diese fanden auf innerpolitischem Gebiet ihren sichtbarsten Ausdruck in der Ausschaltung des langjährigen Generalsekretärs der kommunistischen Partei und Ministers für die einverleibten deutschen Ostgebiete, Wladyslaw Gomulka. Einschneidende Massnahmen erfolgten auch in der polnischen Armee, wo nach der Übernahme des Oberkommandos durch den Sowjetmarschall Rokossowski alle massgebenden Stellen durch sowjetische oder sowjethörige Offiziere besetzt wurden. Das trat besonders deutlich bei den kürzlichen Warschauer Feiern anlässlich des 32. Jahrestages des Bestehens der Sowjetarmee zutage.

Als schwerstes und unüberwindliches Hindernis für die sowjetischen Pläne in Polen erweist sich aber die katholische Kirche. Angesichts der tiefen Verwurzelung der katholischen Kirche im polnischen Volk war die "volksdemokratische" Regierung bisher bemüht, jeden Schein von Kirchenfeindlichkeit zu vermeiden. Nicht ungern hätte man eine ähnliche Entwicklung des Verhältnisses zwischen Kirche und Staat gesehen, wie es seit 1941 in der Sowjetunion mit der russisch-orthodoxen Kirche besteht. Dem stand jedoch die Verbundenheit der katholischen Kirche mit Rom entgegen. Bemühungen, auf die kirchlichen Organisationen von innen heraus Einfluss zu nehmen, zeigten wohl gewisse Teilerfolge, blieben im grössen und ganzen aber ohne Erfolg. Man ging dabei gegen verschiedene kirchliche Einrichtungen, wie Schulen, Krankenhäuser und karitative Organisationen nach "altbewährter" Methode vor, indem gegen sie Beschuldigungen aller Art, wie "Veruntreuungen, Entartung und Ausschreitungen" erhoben wurden. Besondere schwere Vorwürfe wurden gegen den vom Staat subventionierten und über gros-

se finanzielle Mittel verfügenden "Caritas"-Verband erhoben. Die Auflösung der Verwaltung dieser grössten karitativen Organisation

Polens und ihre Ersetzung durch eine aus regierungsfreundlichen Elementen bestehende Verbandsleitung, die einer Zwangsverwaltung

gleichkommt, war das Ergebnis. Das polnische Episkopat aber beantwortete diese Zwangsmassnahme der Regierung mit der Auflösung des

gesamten "Caritas"-Verbandes. Zugleich nahm das Episkopat in einem Hirtenbrief gegen die regierungsfreundlichen Priester Stellung.

Die Regierung liess sich jedoch durch diesen Entschluss des Episkopats von ihren Plänen nicht abbringen und lässt die Tätigkeit des

"Caritas"-Verbandes von ihren Leuten fortsetzen. Ausserdem hat die polnische Regierung offiziell die Beschlagnahme des kirchlichen

Eigentums angekündigt, nur den Provinzgeistlichen soll der kleine Landbesitz für persönliche Zwecke belassen werden.

Mit dieser jüngsten Entwicklung ist der seit langem unterirdisch schwelende Kampf zwischen Kirche und Staat in Polen offen entbrannt.

Neben den innerpolitischen Bestrebungen nach restloser Ausrichtung des "volksdemokratischen" Polens auf den Moskauer Kurs,

liefen zu gleicher Zeit Massnahmen aussenpolitischer Art. Die gefühlsmässige Hingezogenheit des polnischen Volkes zu Frankreich

war der sowjetischen Politik schon immer ein Dorn im Auge. Der Untergrabung dieser Gefühle für Frankreich diente die Aufbausung

der Affäre des der Spionage beschuldigten 25-jährigen französischen Konsulatsangestellten André Robineau, die man zu einem regelrechten

diplomatischen Krieg mit Frankreich auswachsen liess. Deutlich trat die Moskauer Fernlenkung der polnischen aussenpolitik auch

in der raschen Wendung im Verhältnis Polens zur sowjetischen Besatzungszone Deutschlands in Erscheinung.

Im Verlaufe des seit 250 Jahren verzeichneten Bestrebens Russlands nach Beherrschung Polens war dieses Ziel noch nie so weit-

gehend erreicht wie jetzt. Mehr als jeder andere Satellitenstaat steht Polen im Banne der sowjetischen Expansionspolitik, und zwar

zunächst noch als Brücke nach dem Westen. Wenn aber Moskau diese Brückenverbindung eines Tages doch als zu unsicher oder die Ent-

wicklung für weitere Schritte als reif ansehen sollte, wird Polen kaum etwas dagegen tun können, wenn es als 17. Republik der UdSSR

einverleibt wird. Die Macht in Polen ist ohnehin Leuten in die Hände gegeben, die die Förderung einer solchen Entwicklung als ihre Aufgabe betrachten.

Nochmals: Koblenz - Mainz

M. Der seit über einem Jahr in Rheinland-Pfalz bestehende Hauptstadttstreit ist in eine neue Phase getreten. Nachdem der Landtag im vergangenen Jahr entschieden hatte, dass der Regierungssitz "bis auf weiteres" in Koblenz verbleiben soll, ist durch die geplante Verlegung des internationalen Sicherheitsamtes in die Stadt an der Moselmündung die Frage akut geworden, ob Koblenz die Unterbringung so vieler Behörden überhaupt bewältigen kann. Das französische Landeskommissariat hat die deutschen Instanzen auf die Folgen verwiesen, die durch eine Überbelegung der vom Kriege schwer mitgenommenen Stadt entstehen können. In deutschen Kreisen ist man jedoch übereinstimmend der Ansicht, dass diese französischen Besorgnisse weniger dem Bestreben entspringen, die Koblenzer vor weiterer Wohnungsnot zu schützen; vielmehr weiss man, dass die Franzosen aus politischen Gründen sich für Mainz entscheiden. Der französische Landeskommissar Hettier de Bois Lambert ging sogar soweit, eine 1946 erlassene Militärverordnung, wonach Mainz zur Landeshauptstadt bestimmt wurde, als noch für heute verbindlich zu erklären.

Die Landesregierung stellte darauf unter Berufung auf die Ziffer 7 c des Besatzungsstatutes an die Franzosen das Ersuchen, in diesem kleinen Hauptstadttstreit, wie seinerzeit auch im Kampf Frankfurt - Bonn, die freie Entscheidung den Deutschen zu überlassen. Auf diesen Antrag hat die französische Oberkommission bis jetzt noch keine Antwort gefunden.

Der deutsche Widerstand gegen den Umzug beruht nicht nur auf der einfachen politischen Erkenntnis, dass das Land Rheinland-Pfalz in seiner jetzigen Form nicht immer bestehen kann und deshalb der Umzug nach Mainz neue Komplikationen zu den bereits bestehenden schaffen würde. Während sich die SPD, die 1947 gegen die Gründung des Landes stimmte, in der Hauptstadttfrage zurückhält, gibt es in der CDU offenbar mehrere Einrichtungen, die einestells aus Lokalpatriotismus für Koblenz oder Mainz, andererseits aus föderalistischen Motiven für Mainz und dann auch aus politischen Gründen für Koblenz Stimmung machen. Im letzteren Falle wird stichhaltig damit argumentiert, dass für den Bestand des Landes Rheinland-Pfalz niemand garantieren könne, ein Umzug nach Mainz sei also ein grosses Risiko. Es sei deshalb besser, in Koblenz zu verbleiben, damit die später zu erstrebende Schaffung eines geschlossenen rheinischen Staates nicht von vornherein erschwert sei.

Die endgültige Entscheidung in der Frage Koblenz-Mainz wird manche Schlüsse für die weitere Entwicklung im westlichsten Teil der Bundesrepublik zulassen.

Wurde Dr. Pünder ein Paulus?

sp. Es entbehrt nicht einer pikanten Note, den von den Kölnern einmal als "Pündener" gekennzeichneten Anhänger des Bundeskanzlers in Verärgerung über den ihm schlechtpassenden Zylinder, die Politik des Bundeskabinetts kritisieren zu hören.

In einem am 4.3.50 von der "Allgemeinen Kölnischen Rundschau" veröffentlichten Artikel über die "Grundlagen einer aktiven Konjunkturpolitik" übt Dr. Hermann Pünder heftige Kritik an der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik, vergisst aber nicht die "Frankfurter Wegbereiter" - zu denen er sich offensichtlich selbst zählt - lobend zu erwähnen, die der Bundesregierung "eine solide Basis für ihre Wirtschafts- und Finanzpolitik geschaffen" hätten. Dr. Pünder hat übersehen, dass die heutige Wirtschaftspolitik die logische Fortsetzung des seinerzeit in Frankfurt eingeschlagenen Kurses darstellt.

Mit einem deutlichen Seitenhieb auf einen Minister, der einmal Gewerkschaftler war, erklärt er, dass es den Arbeitslosen gleichgültig sei, ob sie aus konjunkturellen oder strukturellen Gründen ihre Arbeitsstellen verloren. Es hätte eher gehandelt werden müssen. "Leider konnte man aber bis über die Jahreswende hinaus aus höchstem ministeriellen Mund mehrfach hören, dass die Zahlen der steigenden Arbeitslosigkeit noch nicht beunruhigten". Es habe sich gerächt, fährt Dr. Pünder fort, dass man der SPD den Vortritt in dieser Frage überlassen habe. Das Arbeitsbeschaffungsprogramm komme reichlich spät und bei Arbeitsaufnahme der Bundesregierung hätte eine Geldmittelinjektion von 800 Mill. DM genügt, heute seien wenigstens zwei Milliarden nötig".

"Trotz Bombenkrieg und Kriegsverwüstungen, trotz Demontagen und Flüchtlingsnot arbeitet zur Zeit unsere westdeutsche Volkswirtschaft nur mit etwa 75 Prozent ihrer Kapazität. Dieses Umstandes sollten wir uns angesichts der zwei Millionen Arbeitslosen und des hohen Zerstörungsgrades unserer Städte geradezu schämen".

Dr. Pünder vertritt den von uns oft betonten Standpunkt, dass unausgenutzte Kapazitäten ebenso wie fachlich geschulte Arbeitskräfte und die erforderlichen Rohstoffe vorhanden seien. "Damit ist jegliche Gewähr gegeben, dass eine zusätzliche Krediterschöpfung nicht zur Inflation führt". Man dürfe nach der Erfahrung der letzten 20 Jahre nicht an starren Grundsätzen einer ortho-

dozen Kreditpolitik festhalten.

Diese Kritik aus dem eigenen Lager ist bezeichnend für die Resonanz der "grossen wirtschaftspolitischen Erfolge" der Regierung. Auch wenn wir Dr. Pünder nicht für den geeigneten Interpreten der bereits seit langen von der Opposition, alliierten Kreisen und im steigendem Masse auch von Unternehmern geübten Kritik halten.

- o - o -

Erste Garnitur für Witten.

sp. Als Leiter der englischen Delegation für die Konferenz der COMISCO-Experten für Fragen der Schlüsselindustrien, die am 21. März in Witten an der Ruhr beginnt, werden entweder der Vorsitzende der Labour Party, Sam Watson, oder der Generalsekretär Morgan Phillips teilnehmen.

- o - o -

Steckbrief eines Innenministers

sp. Passagiere der Berliner U-Bahn fanden kürzlich in der Zugsgarnitur, die aus Ruhleben kam, Flugzettel, die vom "Untersuchungsausschuss freiheitlicher Juristen der Sowjetzone" unterschrieben waren und in Form einer Anklageschrift schwere Beschuldigungen gegen den ehemaligen Innenminister von Brandenburg, Bernhard Bechler, enthielten. Sechs Punkte führte die Anklageschrift an, darunter als ersten, dass Bechler 1945 seine Frau in ein russisches Konzentrationslager bringen liess, um sich ihrer zu entledigen. Als sie 1948 entlassen wurde, veranlasste er erneut ihr Verschwinden. (Verbrechen gegen § 234 StGB - Menschenraub - in Tateinheit mit Verbrechen gegen die Menschlichkeit).

1945 beging Bechler mittelbare Falschbeurkundung, indem er zwecks neuer Eheschliessung die Versicherung abgab, dass seine erste Frau in russischer Haft verstorben sei. Die Anklageschrift enthält ferner Fälle von Freiheitsberaubung, durch Bechler gegen "politisch verdächtige" Personen veranlasst; Amtsunterschlagung, passive Bestechung und schliesslich Wahlfälschung, indem Bechler bei den sogenannten Volksratswahlen den Prozentsatz der Ja-Stimmen von etwa 30 Prozent auf 75 Prozent erhöhte.

Bechler ist zwar heute nicht mehr Innenminister von Brandenburg, er wurde im September 1949 abgelöst. Aber nicht etwa, weil er unmöglich geworden wäre, sondern weil er zu "Höherem" auserkoren ist. Er sollte ursprünglich Stabschef der VDI (Verwaltung des Innern) werden, aber die Gründung der Ostrepublik zerstörte diese Pläne. Bechler kam zusammen mit dem Innenminister von Mecklenburg, Steiner, zur Ausbildung nach der Sowjetunion. Vermutlich dürfte der vorschwundene Ex-Polizeipräsident von Ost-Berlin, Rittkrenzträger Markgraf der Dritte im Bunde sein.

(b/2/133/hs)

- o - o -